

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

1991 bis 1999

Band 6

Der Werteverfall in der "vereinten" Bundesrepublik Deutschland

Band 6/123: 31.12.1998 – 10.04.1999

1998

BRD: Im Jahre 1998 beträgt die Zahl der gemeldeten Ausländer 7 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhalten etwa 23,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger (x268/197): >>... Eine grundlegende Form des Sozialhilferechts würde auch den vermeintlichen Arbeitskräftemangel schnell beheben; denn seit 1992 haben sich Löhne und Sozialhilfe weitgehend angenähert.

Nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums hatte ein repräsentativer Arbeitnehmerhaushalt" mit zwei Kindern monatlich netto 2.738 DM zur Verfügung gegenüber 2.659 DM Sozialhilfe bei einem identischen Haushalt. In den östlichen Bundesländern hatten die Sozialhilfeempfänger sogar schon einen Vorsprung. Hier betrug die obige Relation 2.112 DM zu 2.279 DM.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet im Jahre 1998 (x887/...): >>**25 Jahre Grundvertrags-Urteil: Das Deutsche Reich besteht fort**

Unbeachtet von der Öffentlichkeit jährte sich in diesem Sommer zum 25. Male ein einzigartiger Beitrag der deutschen Verfassungsgerichtsbarkeit zum Gang der deutschen und europäischen Geschichte, dessen weiterwirkende politische und rechtliche Bedeutung auch heute noch kaum abgeschätzt werden kann.

Am 31. Juli 1973 verkündete der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) das Urteil im Verfahren über die Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrages mit der DDR vom 21. Dezember 1972. Aus heutiger Sicht können wir feststellen, daß damit eine der grundlegenden Voraussetzungen für die 1990 erfolgte Reorganisation Deutschlands bis zur Oder und Neiße geschaffen wurde. Entgegen allen offen bekundeten Anerkennungsabsichten maßgebender politischer Kräfte in Bonn hinsichtlich der Teilung Deutschlands und Europas nagelte das BVerfG fest: "Der Vertrag ist kein Teilungsvertrag ... (er bildet) eine zusätzliche neue Rechtsgrundlage ..., die die beiden Staaten in Deutschland enger ... aneinander binde(t)."

Weit über die damalige Tagespolitik hinaus wirken die grundsätzlichen Festlegungen des BVerfG zur Rechtslage Deutschlands, die verfassungsmäßig Gesetzeskraft haben:

"Das Grundgesetz ... geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist ... Das Deutsche Reich existiert fort ..., besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation ... selbst nicht handlungsfähig."

Hinsichtlich des territorialen Umfangs des deutschen Gesamtstaates spricht das BVerfG in seinem Urteil "die Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937" an. In einem weiteren Beschluß vom 7. Juli 1975 zu den Ostverträgen wird dies noch bekräftigt: "Die Gebiete östlich von Oder und Neiße sind ebenso wie das übrige Reichsgebiet

in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Siegermächten bei Kriegsende nicht annektiert worden." An dieser territorialen Rechtslage hat sich bis heute nichts geändert.

Auch Art. 23 des Grundgesetzes, über welchen 1990 der Beitritt der vormaligen DDR erfolgte, wurde entgegen den Verzichtsgelüsten voreiliger "Ostpolitiker" vom BVerfG 1973 aufrechterhalten: "Art. 23 GG ist weder durch die politische Entwicklung überholt, noch sonst aus irgendeinem Grund rechtlich obsolet geworden. Er gilt unverändert fort." Die mit Stacheldraht und Minen bewehrte Grenze der DDR beschreibt das Urteil juristisch kühl, "daß es sich also um eine staatsrechtliche Grenze handelt, ähnlich denen, die zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland verlaufen".

Dies schien selbst manchem Patrioten damals als etwas verwegen. Genau dies aber ist seit drei Jahren eingetreten. Es ist deshalb das bleibende Verdienst des BVerfG, dessen Urteil vom damaligen Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Willi Geiger maßgebend geprägt wurde, und der Bayerischen Staatsregierung, welche dieses Normenkontrollverfahren beantragt hatte, daß die völker- und staatsrechtliche Basis für eine Wiedervereinigung noch vorhanden war, als die Zeit dafür unerwartet heranstand.

Auch der seit den Ostverträgen der 70er Jahre kleiner werdenden Mehrheit der gesamtdeutsch gesinnten Patrioten war das Urteil von 1973 eine unentbehrliche Hilfe. Es verhinderte wirksam die politische Kriminalisierung derjenigen, die sich weiterhin der Anerkennung des SED-Unrechtsregimes widersetzen und auf der Wiedervereinigung Deutschlands beharren.

All diesen Nutzen vermag das Urteil auch weiterhin zu bieten. An der völkerrechtlichen Fortexistenz des Deutschen Reiches hat sich seither nichts geändert. Eine Gebietsabtretung hinsichtlich Ostdeutschlands hat nicht stattgefunden. Es gibt nur einen Grenzbestätigungsvertrag mit Polen vom 14. November 1990. In ihm wird letztlich nur auf die Verwaltungszuweisung der Ostgebiete an Polen im Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945 Bezug genommen.

Den völkerrechtlichen Theorien, daß die Grenzbestätigung einer Gebietsabtretung gleichkomme und wir uns deshalb so behandeln lassen müßten, "als ob" wir die Ostgebiete an Polen abgetreten hätten, erteilte das BVerfG bereits im Grundlagenvertragsurteil von 1973 vorab eine klare Absage.

Fortgeführt wird diese Rechtssprechung durch einen Beschluß vom 5. Juni 1992, wo festgestellt wird: "Der Vertrag bestätigt nur die jedenfalls faktisch seit langem zwischen Deutschland und Polen bestehende Grenze ... (verfügt jedoch) nicht mit rückwirkender Kraft über die territoriale Souveränität oder Gebietshoheit. In einem weiteren Beschluß vom 8. September 1993 bekräftigte das Bundesverfassungsgericht diese Rechtssprechung und hob hervor, daß die Eigentums- und Vermögensfragen nach wie vor offen sind.<<

1999

Der Egel läßt nicht ab, bis er des Blutes voll ist.

Sprichwort aus Deutschland

01.01.1999

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 1. Januar 1999: >>**Alexander Solschenizyn: Nachtrag zu seinem 80. Geburtstag. Ein gescheiterter Prophet**

Als die Literaturzeitschrift "Nowyj Mir" 1962 mit allerhöchster Erlaubnis seine Novelle bringt, schlägt diese bei Lesern und Kritik gleichermaßen wie eine Bombe ein. Nicht genug damit, daß der Verfasser ein Ex-Gulag-Sträfling mit 12jähriger Innenerfahrung ist, ein Nobody aus dem unsäglichen Provinzkaff Rjasan, wo er sich als mies bezahlter Mathematiklehrer durchs Leben schlägt. Nein, der 44jährige Alexander Solschenizyn bricht mit "Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch" auch noch eines der bestgeschützten Tabus der jüngsten Zeitgeschichte: Ausmaß und Regelwerk des sowjetischen Straflagersystems.

In dem knapp 90seitigen Werk fällt kein Schuß, wird keine Hinrichtung vollzogen und kein

Häftling zu Tode getreten. Der Alltag des Lagers ist von früh bis spät von Arbeit erfüllt. Einer Arbeit allerdings, die in ihrer unsagbaren Härte, Dauer und Stumpfsinn absehbar einzig die physische und psychische Vernichtung des SeK, wie der Lagerinsasse im Gulag heißt, zum Zweck hat.

Daß gerade diese Novelle eine echte Erschütterung bei Freund und Feind auslöst, hat auch mit dem angegriffenen Selbstverständnis der jungen Sowjetgesellschaft zu tun, gründet dieses doch auf befreiter Arbeit, die sich vom Zwang unterjochten Daseins loseist. Schockierender aber noch als das Bild terroristisch verfaßter Staatsgewalt muß deren Verinnerlichung gewesen sein, die sich so erbarmungslos bei allen Figuren durchsetzt.

Das Werk beeindruckt heute noch mit seiner hervorragenden Figurenzeichnung, ebenso wie mit dem äußerst wichtig-konzentrierten Handlungsablauf, in den feinfühlig Miniaturen grauvoller Schicksale eingebaut sind. Unvergessen auch die Erzählperspektive: Sie ist auf den Gesichtskreis des SeK zugeschnitten. Kein besserwisserisches Wort trübt den Bericht, keine Polemik findet statt.

Freilich sehen Freund und Feind sehr wohl, daß jede Zeile des Werkes faktisch als Totenschein für die Sowjetgesellschaft zu lesen ist. Vorerst jedoch kommt der durch die Novelle schwer irritierte Apparat an den Mann nicht ran. Alexander Twardowskij, der Chefredakteur der *Nowyj Mir*, ist ein geschmeidiger, aber charakterfester Förderer von Solschenizyn. Von Hause aus Schriftsteller, gilt er als Glücksfall für die Redaktion. Seinerseits hat er wiederum einen ausgezeichneten Draht zu Nikita Chruschtschow.

Daß er bis 1967 relativ unbehelligt publizieren kann, hat freilich auch noch einen anderen Grund als die schützende Hand eines in Kulturdingen sonst eher unbedeckten Generalsekretärs. In den sechziger Jahren kommt auch in Rußland eine Generation zu Wort, die zwar weiß, daß die kommunistische Herrschaft auf Bergen von Totenschädeln steht, selbst aber nicht mehr die unmittelbare physische Vernichtung fürchten muß. Sie entdeckt in der Kultur einen Keim des notwendigen ethischen Neubeginns und deutet ihn zum Element ziviler und bürgerlicher Freiheit um. Später wird sie die erste intellektuelle Plattform der Bürgerrechtsbewegung bilden. Und genau wie jene wird auch diese erst einen sittlichen Neubeginn vom Individuum fordern.

Der Burgfrieden zwischen Solschenizyn und dem Apparat ist nur von kurzer Dauer. 1964 muß Nikita Chruschtschow den Hut nehmen; Alexander Twardowskij wird zusehends kaltgestellt. Als sein Schützling 1968 gegen den Einmarsch in die Tschechoslowakei protestiert und öffentlich die Aufhebung der Zensur fordert, reißt der kulturpolitische Geduldsfaden. Was folgt, sind der Ausschluß aus dem Schriftstellerverband und eine Hetze übelster Art. Als Solschenizyn 1968 die Lagerromane "Der erste Kreis" und "Krebsstation" in Frankfurt am Main erscheinen läßt, eskaliert der Konflikt ins Unberechenbare.

In dieser Zeit ahnt allerdings noch niemand, daß der ganz große epische Wurf noch aussteht. Die westliche Kritik, von den zwei letzten Romanen sichtlich beeindruckt, hält aber Solschenizyn für einen nur sehr vorsichtigen Neuerer russischsprachiger Prosa. Er hat freilich in der Welt der Literatur die Sprache eines staatlich organisierten Todes etabliert und den SeK zu einer Universalfigur seines Zeitalters entwickelt. Aus dessen Überlebensperspektive gewinnt unsere Welt alpträumhafte Konturen, unser rationales Weltbild bekommt gewaltige Risse, und der Ruf nach einer passenden Sorte Kitt, die in die Bruchstellen zu drücken wäre, gerät zur diabolischen Selbstversuchung.

Doch die Kritik erkennt auch, daß die Beweise seiner Romane eher traditionellen Mustern entspringen. Ein unbekümmertes Spiel mit sowjetischen Redeweisen, die einander ad absurdum führen, ist seine Sache ebensowenig wie das leichthändige Jonglieren mit halb erfundenem, halb überliefertem Material. Auch der tiefe Ernst seiner Prosa steht im markanten Widerspruch zur beabsichtigten Heiterkeit der westeuropäischen Postmoderne, die sich gerade

anschickt, den zeitgenössischen Humor aus der Kombination ernsten und heiteren Materials zu entwickeln. Allgemein herrscht das unausgesprochene Urteil, Solschenizyn sei ein Schriftsteller von einem Rang, der nicht mehr steigerungsfähig erscheint.

Das ist er aber. Als 1974 der "Archipel Gulag" gleichzeitig in drei Sprachen zu erscheinen beginnt, stockt der Kritik den Atem. Nahezu ein halbes Jahrhundert erzählte Zeit, über 3.000 Seiten, Hunderte von Einzelschicksalen, ein wuchtiger Materialteil mit immensem Anmerkungsapparat – diese gesammelte Kraft an Erkenntnis hatte bisher keiner geboten.

Dennoch ist "Archipel Gulag" auch der Versuch einer künstlerischen Bewältigung des Themas. Davon zeugen nicht nur die eindeutig autobiographischen Passagen mit ihrem hochkomplizierten Geflecht aus Selbstanalyse, innerem Monolog und eindeutig an den Leser gerichteten Ansprachen. Er ist eine künstlerische Polemik mit jener lauen Pseudokritik am Stalinismus, die sich mit staatlicher Genehmigung Ende der fünfziger Jahre zu Wort melden darf. Und er ist gleichzeitig Geschichtsschreibung erster Güte – ohne überreiche Materialfunde in bestens gehüteten Staatsarchiven, sondern gestützt auf die mündliche Überlieferung durch unmittelbare Opfer, auf ihre Erinnerung und ihr Gedächtnis.

"Archipel Gulag" hat die Sicht auf den sowjetischen Stalinismus in Westeuropa entheusiert und gleichzeitig revolutioniert. Allein in der Bundesrepublik wurden binnen eines halben Jahres 1,1 Millionen Exemplare des Buches verkauft; bis 1976 lagen Übersetzungen seiner Werke in 30 Sprachen und einer Gesamtauflage von 30 Millionen Exemplaren vor. Als Solschenizyn 1974 aus der Sowjetunion ausgewiesen wird, steht er auf dem Höhepunkt seiner Popularität.

Daß letztere schon bald im Schwinden begriffen sein wird, hat ebenfalls ursächlich mit "Archipel" zu tun. Was dort an eminenter Empfehlung zum nachsowjetischen Neuanfang steht, wirkt wie eine Remedur klassischer russischer Ideologie des 19. Jahrhunderts. Im Telegrammstil: Der Kommunismus sei ein genuines Produkt westlicher Zivilisation; diese sei der russischen Seele fremd; ein Neubeginn habe bei den ursprünglichen sittlichen Kräften des Russentums anzusetzen, insbesondere seiner orthodoxen Kirche und seinem Bauerntum. Aus der russischen Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft ergäben sich Formen und Strukturen, die mit denen des Westens nicht kompatibel sind.

Bleibt diese Kritik am Westen noch in "Archipel Gulag" der am kommunistischen Totalitarismus nachgeordnet, so verkehren sich die Vorzeichen bei seinem letzten Zyklus, dem auf zwei "Akte" und zwanzig "Knoten" konzipierten "Roten Rad", in ihr Gegenteil.

"Das Rote Rad" gerät bei Solschenizyn zu einer Fundamentalkritik am Westen – und scheitert dabei erbärmlich. "Das Rote Rad" sollte nicht nur die Überbietung von "Archipel Gulag" sein und in seiner Darstellung bis zu den Wurzeln russischen Unheils vordringen, in dem das Unheil Europas bereits vorgeformt sei. Der Zyklus hatte auch den Ehrgeiz, aus der fehlgelaufenen Entwicklung die Möglichkeiten eines anderen Weges zu skizzieren. An dem Doppelprojekt von Fiktion und Heilsgeschichte scheitert Solschenizyn jedoch unwiderruflich. ...

Alexander Solschenizyn ist heute ein Museum seiner selbst und auf jeden Fall dabei, die Selbstbeschädigung seines Ansehens unumkehrbar zu machen. Mit seiner russischen Leserschaft steht er schon seit längerem auf Kriegsfuß, deren Sehnsucht nach dem Westen erscheint ihm zügellos, die westlichen Roßkuren für die russische Wirtschaft ein geradezu krimineller Akt.

Dem ist nicht zu folgen. Denn bis heute ist noch jede russische Wirtschaft nicht an einen Zuviel, sondern an einem Zuwenig an modernem westlichen Management gescheitert. Die Industrielandschaften im Donezbecken und Westsibirien wünschen nichts sehnlicher als entschlangte Verwaltung und zielgerichtete Führung; die Lada-Werke sind bislang allenfalls eine Karikatur der Wolfsburger Effizienz, und wer einmal in Moskau ein Bank aufgesucht hat, weiß seine Sparkasse plötzlich von neuem zu schätzen.

Seine Rolle als Prophet war schon überlebt, als er 1994 aus dem Exil zurückkam. Solschenizyns Leser sind jung und pragmatisch. Der kommunistische Schrecken kommt ihnen arg verblühen vor, der Streit um ethische Grundsatzfragen bei leerem Magen müßig. Der da als Reformers Rußlands kommt, muß kein Heiland sein. Allein Macherqualitäten soll er schon haben.<<

Belgien: Die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion tritt am 1. Januar 1999 in Kraft. Der Euro wird zur Währung der elf Teilnehmerländer und neben dem Dollar zu einer neuen globalen Währung. Der Euro wird zunächst nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr eingeführt. Banknoten und Münzen kommen erst am 1. Januar 2002 in Umlauf.

Die EZB übernimmt die Verantwortung für die europäische Geldpolitik. Um die Stabilität der neuen gemeinsamen Währung zu sichern, wurde im Maastrichter Vertrag festgelegt, daß das gesamtstaatliche Defizit jedes Mitgliedstaates drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und der staatliche Schuldenstand 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten darf.

12.01.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Januar 1999 über den Bau eines neuen Conti-Werkes in Rumänien: >>... In die neue Fabrik in der westrumänischen Stadt Timisoara (Temesvar) nahe der ungarischen Grenze werden insgesamt mehr als 100 Millionen DM investiert, wie Continental am Montag mitteilte.

... Die neue Niedriglohnfabrik werde den konzerninternen Wettbewerb der Standorte verschärfen, räumte ein Conti-Sprecher ein. Aber das sei so gewollt. Trotz steigender Reifenachfrage sei die Umstrukturierung der Hochlohnstandorte nicht vom Tisch. "Ein Ausruhen gibt es nicht."

Ziel sei es, den Anteil der Produktion in Niedriglohnländern von derzeit über 30 % auf 40 % zu erhöhen. ...<<

13.01.1999

BRD: Die deutsche Bundesregierung (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) verständigt sich am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie soll danach "geordnet und sicher" beendet werden. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wird ab 2000 verboten.

Prof. Sigurd Schulien (deutscher Physiker, Hochschullehrer i.R.) berichtet später über "die 68er Bewegung und das Ende der deutschen Nuklearindustrie" (x858/...):

>>... **1. Die 68er**

Die 68er und in ihrer Nachfolge die Grünen haben bei ihrem Marsch durch die Institutionen und in den schließlich erreichten Positionen unermeßlichen Schaden in Deutschland angerichtet.

Diese bunte zusammengewürfelte Schar von Bekloppten, Spinnern, Fantasten, Opportunisten, Revoluzzern, Psychopathen und vielen irregeleiteten Idealisten wurde von unseren anglo-amerikanischen Freunden auf die Deutschen losgelassen, mit tätiger Unterstützung deutscher Medien, Hochschulen, Ministerien. Sie sollten Deutschland von innen heraus zerstören. Praktisch bestand ihre Aufgabe zunächst darin, medienwirksam Randale zu machen oder Lichterketten zu organisieren nach den Regieanweisungen aus New York. Mit diesen Aktionen gaben sie den Medien geeignete Aufhänger z.B. gegen die Kernenergie.

Auf dem Marsch durch die Institutionen sollten sie die alten Eliten verdrängen, denen der Muff von Jahrhunderten angedichtet wurde. Diese alten Eliten hatten Deutschland wohlhabend und groß gemacht und nach 1945 aus der von den Anglo-Amerikanern provozierten Katastrophe herausgeführt. Im Jahre 2006 deutet sich an, daß die zur Macht gekommene neue "Elite" Deutschland in eine noch schlimmere Katastrophe geführt hat. Es soll hier nicht von den moralischen Verwüstungen gesprochen werden, welche die neuen Machthaber im Auftrag ihrer New Yorker Auftraggeber angerichtet haben, sondern von den energiepolitischen Tod-

sünden, die sie zu verantworten haben, besonders von der Vernichtung der blühenden deutschen Nuklearindustrie.

Die Mafia der geistig Zukurzgekommenen, die seit den 80er Jahren insgeheim die Fäden der Politik zu ziehen begann, ist technik- und industriefeindlich. Denn Technik und Industrie ist arbeitsintensiv und anstrengend, was den 68ern nicht liegt. Technik und Industrie hatten Deutschland groß gemacht, das Leuten ihres Schlages darum kaum Möglichkeiten bot. Deswegen hassen sie Deutschland und sind die richtigen Handlanger zur Zerstörung der deutschen Industrie.

Industrie ist ohne ausreichende Energiebasis nicht möglich – das wenigstens hatten sie verstanden. Es ist seit Jahrzehnten bekannt, daß die Energieversorgung Deutschlands ohne Kernkraft und heimische Kohle nicht gesichert ist. Anton Zischka hat in seinen Büchern die negativen Folgen der Anti-Kernkraft- und CO₂- Hysterie beschrieben, ohne das daraus folgende Unheil verhindern zu können. Die von den 68ern als Ersatz für die Kernenergie vorgeschlagenen erneuerbaren Energien sind ohne Speicherung und Konzentrierung durch Wasserstoff in einem industrialisierten Land wie Deutschland reiner Unfug.

Deutschland hatte in den Jahren von 1960 bis 1990 eine sehr leistungsfähige Nuklearindustrie aufgebaut. Das Glanzstück dieser Industrie war der Hochtemperaturreaktor, in dem Temperaturen bis 1.000° C erzeugt werden können. Bei dieser Temperatur kann Kohle aus dem Ruhrgebiet zu Synthesegas vergast werden, aus dem dann Benzin, Methanol, Methan, Wasserstoff oder Kunststoffe usw. hergestellt werden kann. Gleichzeitig produziert dieser Reaktor elektrischen Strom.

Die Energieversorgung Deutschlands wäre damit für Generationen gesichert gewesen. Das mußte verhindert werden. Die Stichworte zur Zerstörung der deutschen Energiebasis und damit der produktiven Industrie kamen aus dem gelobten Land jenseits des Atlantiks.

Was sind das für Leute, deren Aufgabe es war, die Energieautarkie in Deutschland zu zerstören und das Land fast ganz von Erdöl- und Erdgaslieferungen aus dem Ausland abhängig zu machen?

Wie oben erwähnt, waren es die 68er, also meist politisierende Studenten, sehr oft Soziologen und Politologen, die von der Frankfurter Schule beeinflusst waren, die Revolution machen oder alles kurz und klein schlagen wollten. Sie sollten die Bevölkerung gegen die sehr leistungsfähige deutsche Nuklearindustrie aufhetzen mit schlagkräftigen Parolen. Diese Studenten hatten nie erkannt, wie die großen Leistungen in Deutschland zustande gekommen waren, nämlich durch beharrliche zielgerichtete gemeinsame Arbeit des ganzen Volkes, geleitet durch verantwortungsbewußte Eliten, durch die konstruktive Zusammenarbeit von Industrie, Hochschulen, Finanzinstituten und Staat. Vor allen Dingen nicht durch endloses Palavern und Abschieben der Verantwortung auf anonyme Gremien.

Die Leistungen, welche die 68er vollbracht haben, sind eher bizarr, sie liegen z.B. auf rhetorischem Gebiet. So ist ihnen die Einführung des großen Binnen-I gelungen (StudentInnen, WählerInnen usw.). Eine weitere kulturelle Großtat war, daß der fortschrittliche 68er Redner mit offenem Hemdkragen, 5-Tage-Bart, Jeans und Krokodillederschuh zum ersten Mal in der Weltgeschichte eine Wahlrede halten kann, ohne die weibliche Hälfte der Menschheit zu diskriminieren, indem er seine Zuhörer dauernd mit der Floskel "Meine lieben Wählerinnen und Wähler" anredet, während der Parteigeegner nur die Wähler anspricht, was ihn als Macho disqualifiziert. ...

Es ist erstaunlich, zu welcher absonderlichen und krausen Ideen das menschliche Gehirn fähig ist, wenn es sich nicht an der Realität orientiert, sondern an Ideologien und suggerierten Meinungen, wie es für die 68er charakteristisch ist. Da wegen der verschiedenen Bildungsreformen seit 1945 ihr Intellekt wenig entwickelt und suggestiv stark verformt ist, können sie mit klaren Begriffen wenig anfangen. Sie führen deswegen dauernd neue schwammige Schlag-

worte in die Sprache ein – z.B. Nachhaltigkeit, Trauerarbeit, Betroffenheit, Hinterfragung ...- über die in Talkshows und in Feuilletons palavert wird.

Was nun sind die herausragenden Leistungen der 68er und ihrer Nachfolger?

Vor allen Dingen haben sie den Bau von Kohle- und Kernkraftwerken verhindert oder behindert, den Bau der Wiederaufbereitungs- und Endlagerungsanlage unterbunden, den Bau von Autobahnen, Flughäfen, Eisenbahnen (Transrapid), Kanälen boykottiert, die technische Entwicklung gebremst. Sie haben Umbenennungen von Straßen und Kasernen durchgesetzt, die verleumderische Wehrmachtsausstellung organisiert, Denkmäler zerstört ebenso wie das ganze Kulturleben der Nation, für Schwule und Lesben demonstriert, geschützte Wege für Kröten und Frösche anlegen lassen, neue Behörden geschaffen (Ausländer-, Frauen-, Gleichstellungsbeauftragte).

Sie haben Frauenhäuser organisiert, für Naturschutzparks und Biotope plädiert, (sowie verhindert), wo es etwas zu verhindern gab. Sie haben die Quotenfrau erfunden und den Trauarbeiter. Sie kämpfen gegen den Leistungsdruck in den Hochschulen und sind die Erfinder der Sekundärtugenden und anderer Unsäglichkeiten aus dem Narrenhaus, über die seit Jahren in Feuilletons, Workshops und Talkshows auf hirnrissige Art in 68er Lyrik palavert wird. Weitere revolutionäre Ideen waren: das Fahrrad als Verkehrsmittel der Zukunft propagieren, den Mützenschirm der Kopfbedeckung nach hinten drehen, anscheinend zum Schutz des Nackens usw. ...

Sie haben die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Industrie behindert.

Vor allen Dingen haben sie es durchgesetzt, daß die erneuerbaren Energien mit erheblichen Staatsmitteln gefördert werden, ohne gleichzeitig die Speicherung dieser Energien durch Wasserstoff zu entwickeln. Ohne Speichermöglichkeit sind die erneuerbaren Energien in dem Industriestaat Deutschland völliger Unfug.

Nach den Wünschen unserer anglo-amerikanischen Freunde sollten die 68er nicht nur Randalen machen, Häuser besetzen, Straßenkämpfe mit der Polizei und Sitzblockaden veranstalten, Häuserwände und Eisenbahnwagen beschmierern, Kernkraftwerke belagern usw., sondern wirklichen Schaden in Deutschland anrichten. Dazu brauchten sie als Operationsbasis eine demokratisch legitimierte Partei, welche Regierung und Verwaltung beeinflussen konnte. Außerdem brauchten sie eine Klientel von gleichgesinnten Protestierern und Sympathisanten, die man vor allen Dingen in der studentischen umerzogenen Jugend fand.

In den Parteien der Umweltschützer und Grünen sah man die geeigneten Bundesgenossen, die nun flugs auf bolschewistische Art unterwandert und umfunktioniert wurden, unterstützt vom Wohlwollen der Frankfurter Schule, von Geheimdiensten, von den Medien und einigen Ministerien.

Bei den Grünen hatte man die Macht schnell in den Händen, bei anderen Parteien dauerte der Marsch durch die Institutionen länger. So sind die Grünen (die ehemaligen 68er) jetzt die besten Helfershelfer der angloamerikanischen Globalisierer, die die Weltherrschaft anstreben. Nur dürfen das ihre Anhänger nicht wissen, die ja inzwischen auch von der Globalisierung betroffen werden. Genausowenig dürfen sie wissen, daß sie mit ihren Antikernkraft- und CO₂-Kampagnen Millionen Deutsche dem Hungertod preisgeben, da Deutschlands Existenz von seiner Industrie und damit von ausreichender Energieversorgung abhängt.

Diese Leute ohne Realitätssinn und in Unkenntnis technischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge haben die Energieversorgung Deutschlands auf eine Basis gestellt, die das Land unweigerlich in den Abgrund führt.

Statt der Versorgungssicherheit des Landes unbedingte Priorität zu geben, haben sie, als sie in der Regierung waren, den Einflüsterungen aus New York und London Folge geleistet und die blühende deutsche Nuklearindustrie vernichtet, mit verderblichen Folgen nicht nur für Deutschland, denn ohne Nutzung der Kernenergie – vor allen Dingen des in Deutschland ent-

wickelten Hochtemperaturreaktors - wird die Welt in Kriegen und Chaos versinken. Denn der Energiebedarf der Welt wird in den nächsten Jahren gewaltig steigen, weil die Entwicklungsländer nach mehr Wohlstand für ihre Völker streben.

Welches waren die Argumente der 68er, mit denen sie die Vernichtung der deutschen Nuklearindustrie begründeten?

Sie behaupteten, der Ausstieg aus der Kernenergie und der Abbruch der laufenden Entwicklungsarbeiten und Umfunktionierung der entsprechenden Institute sei nötig, weil diese Technik

- Radioaktivität produziere und damit lebensfeindlich sei,
- weil die Wiederaufarbeitung der Abfallprodukte der Kernreaktoren gefährlich und die Endlagerung nicht gesichert sei,
- weil die Brennstoffversorgung nicht gesichert sei,
- weil Tschernobyl die Gefährlichkeit der Kerntechnik gezeigt habe,
- weil Terroranschläge auf nukleare Einrichtungen zu befürchten seien,
- weil die Kerntechnik unwirtschaftlich sei.

In einem jahrelangen Streit wurden diese Punkte von ausgewiesenen Fachleuten widerlegt.

Da die 68er diese Sachargumente nicht widerlegen konnten, wurden die Experten als Lobbyisten der Atomindustrie und als Fachidioten verleumdet. Es war für sie halt offenkundig, daß die Kerntechnik Teufelswerk ist und nur dem Vorteil der Großindustrie dient. Dieses Dogma verteidigen sie bis heute mit Zähnen und Klauen. Die 68er sind auf Grund ihrer mangelhaften Vorbildung gar nicht in der Lage, komplizierte naturwissenschaftlich-technische Zusammenhänge zu durchschauen oder beurteilen zu können - ich meine hier nicht die 68er von der Randal-Fraktion, sondern ihre Intelligenzia (Intelligenz in sozialistischen Staaten) aus den Ministerien, Feuilletons, Instituten und Kanzeln.

Die Stichworte und Argumente für ihre Aktionen kamen aus London und New York, unterstützt wurden sie in ihrem Tun durch diverse nichtstaatliche Organisationen, Logen, Medien, selbst Ministerien und Banken. Auch wenn es nicht allgemein bekannt ist: Banken und andere Finanzinstitutionen gehören zu den wirkungskräftigsten Verhinderern der Kernenergie und anderer Infrastrukturmaßnahmen in Deutschland. Sie haben in dieser Hinsicht die gleichen Interessen wie die 68er. Nur darf es keiner wissen.

Denn durch den Bau von Kernkraftwerken und durch Infrastrukturmaßnahmen werden große Kapitalmengen niedrig verzinst gebunden, die somit nicht mehr für Spekulationszwecke zur Verfügung stehen. Neue Energietechniken (HTR, Kohleverflüssigung, Biomassevergasung, Wasserstofftechnik ...) sind forschungsintensiv, Forschung erfordert Ingenieurleistung und kostet Geld, das dann nicht mehr in die Banken fließt. Wenn in Deutschland Kernkraftwerke gebaut würden, kämen viele große Banken in erhebliche Schwierigkeiten. Die Banken nehmen also gerne die kostenlosen Dienste der 68er in Anspruch.

Im folgenden soll kurz auf die einzelnen Argumente eingegangen und ihre Stichhaltigkeit bewertet werden. Dazu ist zunächst eine kurze Beschreibung der Kernkraftwerke erforderlich.

2. Kernkraftwerke

Kernkraftwerke dienen dazu, hohe Temperaturen zu erzeugen. In Druckwasserreaktoren (sie sind die üblichen heute betriebenen Reaktoren) werden ca. 350° C erreicht, in Hochtemperaturreaktoren ca. 1.000° C. Wegen dieses Temperaturniveaus sind Druckwasserreaktoren geeignet als Wärmequelle für Dampfturbinen, die mit einem Stromgenerator gekoppelt sind und so Elektrizität erzeugen. Hochtemperaturreaktoren erzeugen Prozeßwärme für chemische Prozesse, z.B. Kohlevergasung oder Methansynthese. Bei der Kohlevergasung sinkt die Temperatur des im Kernreaktor aufgeheizten Kühlmittels (Helium) von 1.000° C auf ca. 600° C. Mit einem Wärmeträger dieser Temperatur läßt sich über geeignete Turbinen Elektrizität erzeugen.

gen.

In konventionellen Kraftwerken wird die Wärme durch Verbrennung von Kohle, Erdöl oder Erdgas erzeugt wie in Zentralheizungen. In Kernkraftwerken geschieht dies durch die bei der Spaltung von Urankernen in Kernreaktoren frei werdende Energie. Das natürliche in Mineralien vorkommende Uran besteht aus 0,7 % Uran 235 (Uran mit dem Atomgewicht 235), das durch Neutronen gespalten werden kann, und aus 99,3 % Uran 238, das nicht spaltbar ist, aus dem aber durch Anlagerung von einem Neutron mit nachfolgender Emission von zwei Beta-Teilchen das Plutonium 239 entsteht. Dieses stark radioaktive Plutonium (Alpha-Strahler) ist spaltbar. Man nennt diesen Vorgang der Herstellung von Pu 239 im Kernreaktor **Brüten**.

Für den Betrieb von Druckwasserreaktoren muß der Anteil von Uran 235 von 0,7 % auf ca. 3-5 % angehoben werden. Dies geschieht in Urananreicherungsanlagen. ... Der sehr kleine Atomkern setzt sich zusammen aus positiv geladenen Protonen und ungeladenen Neutronen. Der Kern von Uran 235 enthält 92 Protonen und 143 Neutronen. Er ist umgeben von 92 Elektronen. Der Kern von Uran 238 hat 92 Protonen und 146 Neutronen. Die Protonen und Neutronen im Kern werden durch Kräfte zusammengehalten, die millionenfach größer sind als diejenigen, die Moleküle (z.B. Erdöl- oder Erdgasmoleküle) zusammenhalten. Diese Energien werden bei der Spaltung der Kerne (oder Zersetzung der Moleküle) frei.

Die Kernspaltung wird durch ein nicht zu schnelles Neutron verursacht, das in einen U 235-Kern eindringt. Der Kern gerät dabei in Schwingungen und zerplatzt, wobei 2-3 Neutronen freigesetzt werden, die weitere Spaltungen bewirken (Kettenreaktion) oder Plutonium 239 erzeugen (Brüten). Außerdem entstehen zwei mittelschwere Kerne; die fast immer radioaktiv sind (Zerfallsprodukte). Nur die Kerne sind stabil, d.h. nicht radioaktiv, bei denen die Neutronenzahl zur Protonenzahl in einem ganz bestimmten Verhältnis zueinander steht.

Druckwasserreaktoren

Der eigentliche Druckwasserreaktor (DWR) besteht aus einem dickwandigen zylindrischen Metallbehälter (ca. 5 m Durchmesser, 13 m Höhe), in dem die Brennelemente, die Steuerstäbe und das Kühlmittel untergebracht sind. Die Brennelemente bestehen aus ca. 5 m langen Rohren (Durchmesser etwa 11 mm), die mit kleinen Tabletten (ca. 9 mm Durchmesser) aus Uranoxid gefüllt sind.

Das verwendete Uran besteht aus ca. 3-5 % Uran 235 und 95-97 % Uran 238. Diese Rohre sind oben und unten zugeschweißt und werden vom Kühlwasser umströmt, wobei die bei der Kernspaltung entstandene Wärme abgeführt wird. Das Wasser hat auch die Aufgabe, die bei der Kernspaltung emittierten Neutronen hoher Geschwindigkeit abzubremesen. Die langsamen Neutronen bewirken eher eine Kernspaltung als die schnellen. Das auf ca. 330° C erhitzte Wasser wird in einen Wärmetauscher gepumpt, wo das Wasser zum Antrieb einer Turbine aufgeheizt und verdampft wird.

Hochtemperaturreaktoren (HTR)

Der HTR unterscheidet sich vom Druckwasserreaktor vor allem durch seine Brennelemente und seine temperaturbeständigen keramischen Konstruktionswerkstoffe. Die Brennelemente bestehen aus Körnern von etwa 1 mm Durchmesser, die aus einem Gemisch von Thoriumdioxid und Urandioxid bestehen. Diese Körner sind von drei sehr festen und sehr dichten Grafit-schichten umhüllt. Etwa 15.000 dieser Körner sind zu einer Kugel von 6 cm Durchmesser zusammengepreßt und gesintert, die so gut wie unzerstörbar ist.

Das Thorium 232 selbst ist nicht spaltbar. Aus Thorium 232 entsteht aber im Reaktor durch Anlagerung eines Neutrons mit anschließender zweimaligen Emission eines Beta-Teilchens das künstliche Uran 233 (kommt in der Natur nicht vor), das wie das U 235 durch langsame Neutronen spaltbar ist.

Die Neutronen für die Umwandlung von Th 232 in U 233 erhält man durch die Spaltung von stark angereichertem Uran 235 (90 %), das man in Form von Urandioxid dem Thoriumdioxid

zu etwa 5 % beimischt. Die beschichteten Körner bestehen also aus einer Mischung von 95 % ThO₂ und 5 % UO₂, die von drei sehr dichten und festen Grafitsschichten umhüllt sind. Alle bei der Kernspaltung entstehenden radioaktiven Zerfallsprodukte verbleiben in diesen Körnern.

Der eigentliche Reaktorbehälter ist ein Zylinder von ca. 5 m Durchmesser und 6 m Höhe, der in seinem unteren Teil trichterförmig ausgebildet ist. In diesem Zylinder befinden sich die Steuerstäbe und ca. 650.000 Brennelementkugeln, die allmählich durch den Reaktor wandern und über den unteren Trichter ausgeschleust werden können. Die Kugeln werden durch Helium gekühlt, das von oben nach unten zwischen den Brennelementen hindurch strömt, wobei das Gas eine Temperatur von knapp 1.000° C annimmt bei einem Druck von ca. 40 bar.

Der Reaktorkern ist mit hochtemperaturfestem Grafit ausgekleidet. Das heiße Helium dient dazu, in geeigneten Öfen Kohle zu vergasen. Dabei sinkt seine Temperatur auf ca. 500° C. Die Restenergie dieses abgekühlten Heliums wird verwendet zur Erzeugung von hochgepanntem Dampf, mit dem über eine Turbine Elektrizität erzeugt wird. Ca. 90 % der Reaktorleistung dienen der Kohlevergasung, 10 % werden für die Erzeugung von Strom verwendet. Im HTR wird kein Plutonium erzeugt. Dieser Reaktor ist absolut betriebssicher. Die radioaktiven Zerfallsprodukte sind sicher in den grafitbeschichteten Partikeln eingeschlossen.

Die Entwicklung dieses Reaktors THTR 300 in Hamm-Üntrop wurde 1989 aus politischen Gründen in Deutschland eingestellt. Südafrika und China haben die Blaupausen der Technik übernommen. Die Serienproduktion des HTR soll 2011 in Südafrika beginnen, um vor allen Dingen Märkte in Entwicklungsländern zu bedienen.

3. Radioaktivität

Durch die Spaltung von U 235 und Pu 239 entstehen erhebliche Mengen an stark strahlenden Substanzen. Deren hochenergetische Strahlungen (Alpha-Teilchen, Beta-Teilchen, Gamma-Strahlen, Neutronen) können die DNS-Moleküle der menschlichen Zellen beschädigen, welche die Baupläne der biologischen Zellen enthalten. Leben, also die DNS-Moleküle gibt es seit drei Milliarden Jahren auf der Erde, als deren natürliche Radioaktivität noch wesentlich höher war als heute.

Die Biologie kennt seit dieser Zeit Methoden, Fehler der DNS-Strukturen zu reparieren, wenn sie nicht zu massiv auftreten wie bei einer Atombombenexplosion. Der Blitz einer explodierenden Atombombe - er ist heller als tausend Sonnen und dauert einige Sekunden - enthält außer der sehr intensiven Wärmestrahlung eine sehr starke hochenergetische Röntgenstrahlung, die den gesamten Körper durchdringt und dabei den größten Teil der DNS-Moleküle und andere Moleküle im Zellverband beschädigt. Das ist tödlich. Denn die neu entstehenden Körperzellen entstehen nach einem falschen Plan oder erfüllen nicht mehr ihre vorgesehenen Funktionen.

Die bei der Explosion einer Atombombe entstehenden radioaktiven Zerfallsprodukte sind im Augenblick der Explosion nicht wirksam, da sie mit der sehr heißen Luft im Explosionszentrum als Gase in sehr große Höhen transportiert werden, wo sie sich durch Luftströmungen weit verbreiten und allmählich als radioaktiver Niederschlag abregnen. Es muß also klar unterschieden werden zwischen der tödlichen Wärme- und Röntgenstrahlung einer explodierenden Atombombe und der radioaktiven Strahlung der Zerfallsprodukte, die ähnliche Strahler enthalten wie die Zerfallsprodukte eines Kernreaktors.

Wie schädlich ist diese radioaktive Strahlung?

Bei der Entwicklung der Röntgentechnik waren viele Forscher jahrzehntelang sehr hohen Dosen von Röntgenstrahlung ausgesetzt, was auf Dauer zu erheblichen Schäden an den betroffenen Körperteilen und Organen (z.B. Krebs) und sehr oft zum Tod führte. Ähnliche Schäden sind durch Leuchtziffern von Armbanduhren hervorgerufen worden, bei denen die Ziffern stark strahlende radioaktive Präparate enthielten. Vor allen Dingen die mit der Herstellung der

Ziffernblätter Beschäftigten trugen im Laufe der Jahre erhebliche Schäden an den Händen davon.

Es ist bekannt, daß unsere Umwelt seit jeher radioaktiv ist.

Die allgegenwärtige natürliche Radioaktivität setzt sich zusammen aus der Bodenstrahlung, aus der Radioaktivität der Luft und aus der Höhenstrahlung. Die Bodenstrahlung wird verursacht durch die radioaktiven Elemente im Erdinneren, hauptsächlich Thorium Uran, Kalium. Sie bewirken zum großen Teil die hohen Temperaturen im Erdinneren.

Die Radioaktivität der Luft entsteht durch radioaktive Gase, die aus dem Erdinneren kommen, hauptsächlich Radon (Radon 220 und Radon 222 sind Alpha-Strahler und Zerfallsprodukte von U 238 und Th 232). Die Höhenstrahlung ist eine extrem energiereiche Strahlung aus dem Weltraum, die vermutlich von Supernova-Explosionen herrührt. Pro Sekunde durchdringen ca. 10 dieser Teilchen den menschlichen Körper. Es ist nicht bekannt, daß durch diese natürliche Strahlung jemals ein Lebewesen geschädigt worden ist.

Die Strahlenwirkung auf den biologischen Organismus wird in rem gemessen. Das rem gibt die durch durchdringende Strahlung hervorgerufene Energieabsorption von 1 Gramm Körpergewebe an. ... Die natürliche Strahlenbelastung ... (für die Bevölkerung der USA ist z.B.) ... tausendmal größer als die durch Kernkraftwerke verursachte.

4. Wiederaufarbeitung und Endlagerung

Die Brennelemente des Druckwasserreaktors enthalten 3-5 % spaltbares U 235 sowie 95-97 % nicht spaltbares U 238. Der U 238-Kern fängt im Reaktor ein Neutron ein. Durch anschließende Emission von zwei Elektronen entsteht aus dem Uran 238 das Plutonium 239, das von Neutronen gespalten werden kann sowie die weiteren Plutoniumisotope Pu 240, Pu 241 (spaltbar) und Pu 242. Der Reaktor hat also neuen Brennstoff Pu 239 und Pu 241 erbrütet. Dieses Plutonium kann man aus den abgebrannten Brennelementen herauslösen und für die Herstellung neuer Brennelemente (oder von Atombomben) verwenden. Die Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente hat folgende Ziele:

- Herauslösung des stark alpha-strahlenden Plutoniums aus den abgebrannten Brennelementen, das damit nicht in die Endlagerung kommt, sondern durch Kernspaltung für die Energiegewinnung verwendet wird,
- Gewinnung wertvoller radioaktiver Präparate, vor allen Dingen Transurane für die Medizintechnik.

Das spaltbare Plutonium wird allerdings von den Atommächten in großem Umfang für den Bau von Atombomben verwendet. Man braucht nur etwa 7 kg Plutonium, um eine Bombe zu fabrizieren. Je tausend Megawatt Reaktorleistung werden im Jahr etwa 250 kg Uran 238 in Plutonium umgewandelt.

Im Jahre 1964 wurde in Karlsruhe eine Prototyp-Wiederaufbereitungsanlage in Betrieb genommen, 1971 die Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungsgesellschaft KEWA gegründet. Ziel dieser Einrichtungen war es, optimale Verfahren für die Wiederaufarbeitung und Endlagerung zu finden. Nach dem heute üblichen Purex-Verfahren werden die abgebrannten Brennstäbe in kleine Stücke zerschnitten, ihr Inhalt in Salpetersäure aufgelöst. Mit chemischen Verfahren kann man nun Uran- und Plutoniumverbindungen voneinander trennen. Die Spaltprodukte werden in flüssiger Form in geeigneten Behältern zwischengelagert. Später konzentriert man sie und verglast sie mit Hilfe eines Glasbildners.

Dieser verglaste Abfall wird in 150-l-Behältern aus Spezialstahl verpackt. Die Behälter sollen in Deutschland in stillgelegten Salzbergwerken (Asse bzw. Gorleben) endgelagert werden, 600-1.000 m unter der Erdoberfläche. Diese Salzlager sind vor 200-300 Millionen Jahren entstanden, als urweltliche Meere austrockneten. Seitdem sind sie von der Biosphäre vollständig getrennt. Ein Kontakt zur Biosphäre kann nur durch Wasser bewirkt werden, welches, wenn es in den Salzstock eingedrungen wäre, das Salz aufgelöst und zum Verschwinden gebracht

hätte.

In einem Kraftwerk mit einer Leistungsabgabe von 1.000 MW entstehen im Jahr etwa 2 Kubikmeter verglasten Abfall. Diese Spaltprodukte strahlen nach einer Lagerzeit von 100 Jahren nicht stärker als Uranerz, da der größte Teil der Strahler zerfallen ist, wobei stabile Kerne entstanden sind.

Die im Kernreaktor erbrüteten Transurane (Plutonium, Americium usw.) haben allerdings Halbwertszeiten von vielen Millionen Jahren. In den USA wurde in den 80er Jahren das Truex-Verfahren entwickelt, bei dem die Transurane abgeschieden werden. Nur noch diese müssen verglast werden, so daß das Verglasungsvolumen nur noch 20 Liter beträgt statt der 2.000 Liter beim Purex-Verfahren. Die schwach- und mittelaktiven Abfälle werden in Zement eingebettet, was genau so sicher aber wesentlich billiger als die Verglasung ist.

Wie man sieht, waren die Probleme der Wiederaufarbeitung und Endlagerung gelöst.

Die 68er und die Grünen hingegen behaupteten das Gegenteil, unterstützt von allen Medien, einigen "Experten" und manchen Verwaltungen. Die deutschen Wiederaufbereitungsaktivitäten wurden eingestellt, die Aufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus deutschen Reaktoren erfolgt seitdem für teures Geld in La Hague in Frankreich. Was war der Grund dafür, daß dauernd neue Verdächtigungen gegen die Wiederaufarbeitung und Endlagerung vorgebracht und die technischen Lösungen der Probleme nicht zur Kenntnis genommen wurden?

Erstens haben die Herrschaften die Technik nicht verstanden, zweitens sind Kernreaktoren ohne Endlagerungsmöglichkeiten radioaktiver Abfälle nicht denkbar und drittens wird bei der Wiederaufarbeitung spaltbares Plutonium gewonnen, mit dem sich die Uranvorräte erheblich strecken lassen, mit dem aber auch Atombomben hergestellt werden können. Das mit den Atombomben durfte man offen nicht sagen, denn unsere Freunde in USA, Frankreich, England, aber auch in Rußland oder China bauen ihre Atombomben mit Plutonium, das in ihren Kernreaktoren erbrütet wird. Also wurden nach bewährter Manier verschiedene Antiplutonium-Kampagnen inszeniert:

- Plutonium ist das schlimmste Gift,
 - Es verseucht die Welt für Milliarden Jahre mit seiner Radioaktivität,
 - Die "Plutonium-Wirtschaft" ist die größte Bedrohung, welche die Menschheit je erlebt hat.
- Diese Behauptungen sind purer Unsinn. Sie dienten nur dazu, die deutsche Energie-Autarkie zu verhindern. Durch die Nutzung des in den Reaktoren erbrüteten Plutoniums wäre die Energieversorgung in Deutschland sicherer und kostengünstiger geworden und das radioaktive Plutonium beseitigt worden.

Seit den 60er Jahren beschäftigte man sich zunächst in den USA, später auch in Europa mit der Entwicklung schneller Brüter, in denen aus Uran 238 durch Beschuß mit schnellen Neutronen das spaltbare Plutonium 239 hergestellt wird.

Als Ausgangsmaterial für den Brutprozeß stand das Uran 238 zur Verfügung, das in den Kernreaktoren keine Verwendung fand. Das Uran hätte auf diese Weise für die Energiegewinnung zu ca. 70 % ausgenutzt werden können statt der ca. 0,5 % bei der alleinigen Nutzung von Uran 235 im Druckwasserreaktor. Auf diese Weise wäre die Energieversorgung der Welt für viele Jahrhunderte gesichert gewesen.

Der schnelle Brüter erzeugt Plutonium, das im gleichen oder einem anderen Kernreaktor zur Energiegewinnung verbraucht wird. In Deutschland ging der Schnelle Brüter SNR 300 in Kalkar am Niederrhein im Jahre 1981 in Betrieb, heftig beföhdet von 68ern und den Medien. Die Entwicklung des SNR 300 wurde daraufhin 1991 eingestellt.

Im September 1996 genehmigte die Bezirksregierung in Düsseldorf den Umbau der Reaktoranlagen zu einem Freizeit- und Vergnügungspark, wie die von den Anglo-Amerikanern gesteuerte Internetfirma Google (www.google.de) mit Befriedigung berichtet. Wenn die Deutschen wüßten, wie man sie verhöhnt!

Auch der im Abschnitt 2 (Kernkraftwerke) beschriebene Hochtemperaturreaktor ist ein Brüter. In ihm wird aus nicht spaltbarem Th 232 das durch langsame Neutronen spaltbare U 233 gebrütet. Der THTR 300 in Hamm-Uentrop wurde im September 1989 endgültig stillgelegt.

Mit der durch die Anglo-Amerikaner provozierten Annullierung der großen Kernkraftprojekte in Buschir (Persien) und Angra dos Reis in Brasilien (siehe auch Abschnitt 8) und der Einstellung der Arbeiten am Hochtemperatur-Reaktor und am schnellen Brüter war die deutsche Nuklearindustrie zugrunde gerichtet. Um einen Wiederaufbau zu verhindern, wurden gleichzeitig die großen Kernforschungsanlagen in Jülich und in Karlsruhe umfunktioniert. Sie durften sich fortan mit erneuerbaren Energien und Umwelttechnik beschäftigen. Der deutsche Michel klatschte Beifall, wie es ihm die Grünen und die Medien empfahlen. Die produzierende deutsche Wirtschaft ist seitdem auf Talfahrt, wie die Arbeitslosenstatistik beweist.

5. Brennstoffversorgung

Die 68er bezweifelten, daß es genügend Uran auf der Erde gebe zum Betrieb der Kernkraftwerke. Auch dabei haben sie sich getäuscht, nicht nur, weil sie den schnellen Brüter übersehen haben, der für sie nur ein Ungeheuer der Plutonium-Wirtschaft ist. Außerdem nahmen sie den Thorium-Hochtemperaturreaktor THTR 300 nicht zur Kenntnis, der mit Thorium betrieben wird.

Ein Kernkraftwerk mit einer Leistung von 1 Gigawatt benötigt im Jahr ca. 175 Tonnen Natururan (0,7 % U 235, 99,3 % U 238), d.h. etwa 25-30 Tonnen angereichertes Uran. Diese Menge Uran ist leicht für mehrere Jahre speicherbar, während das bei einem ölbefeuerten Kraftwerk einer Leistung von 1 GW nicht möglich ist, da es 6.000 Tonnen Öl pro Tag benötigt.

Die mit geringen Kosten abbaubaren Uranvorkommen der Erde liegen bei ca. 6 Millionen Tonnen, die entsprechenden Thoriumvorkommen sind mindestens dreimal so hoch. Große Uranlager mit hohem Urangehalt gibt es in USA, Kanada, Australien, Afrika, Schweden, mächtige Thorium-Lagerstätten sind in Brasilien und Südindien. Im Durchschnitt enthält Granit 4 Gramm Uran pro Tonne und 11 Gramm Thorium pro Tonne, dispers verteilt im Gestein. In den Alpen z.B. liegen also unermeßliche Vorräte an Uran und Thorium, deren Gewinnung allerdings teuer ist. Die Energieversorgung der Welt ist durch die oben genannten reichen Lager für viele hundert Jahre gesichert.

Das Meerwasser enthält etwa 3 mg Uran pro Kubikmeter, in den Ozeanen befinden sich also mehr als 4 Milliarden Tonnen Uran. Mit dem Thorium-Hochtemperaturreaktor also ist die Energieversorgung der Welt für viele Jahrhunderte gesichert, ebenso mit dem schnellen Brüter, da mit diesen Reaktoren die Uran- und Thoriumreserven der Erde voll ausgenutzt werden können.

Das Argument der 68er über die nicht ausreichenden Brennstoffvorräte für Kernreaktoren ist also falsch.

6. Tschernobyl

Ein Hauptargument gegen die Kernenergie lieferte die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl südlich von Kiew am 26.4.1986. Was war dort geschehen? Die in der Sowjetunion verwendeten Reaktoren vom RBMK-Typ verwenden Grafit als Moderator zum Abbremsen der bei der Kernspaltung entstehenden schnellen Neutronen, Wasser dient nur zur Kühlung. Diese Reaktoren sind besonders geeignet zur Plutoniumherzeugung, sie sind nicht inhärent sicher wie die deutschen Druckwasserreaktoren. Sie schalten also nicht automatisch ab, wenn die Kühlung ausfällt, wie das beim Druckwasserreaktor der Fall ist. Ein Reaktor vom RBMK-Typ würde in Deutschland nicht zugelassen.

Am 25.4.86 wollte die Bedienungsmannschaft des Kernreaktors ohne Genehmigung durch die vorgesetzte Dienststelle feststellen, ob bei einem totalen Stromausfall alle Sicherheitssysteme funktionieren und die Kühlpumpen weiterlaufen. Das Notkühlsystem wurde außer Betrieb gesetzt, weil dieses den Reaktor während des geplanten Experiments abschalten würde.

Da während des Versuchs die Leistung des Reaktors durch eine Xenon-Vergiftung stark abgefallen war, wurden am frühen Morgen des 26.4.1986 sämtliche Kontrollstäbe entfernt. Sofort stieg die Reaktorleistung. Die Brennstäbe platzten, Kühlkanäle wurden zerstört. Es traten chemische Reaktionen des Wasserdampfs mit dem heißen Grafit auf. Dies führte zu Gasexplosionen und zum Brand des Grafits. Innerhalb einer Minute war der Reaktor zerstört. Allerdings traten nur 3,5 % des radioaktiven Inventars in die Atmosphäre, die meisten Spaltprodukte kondensierten an den Innenwänden des Reaktors.

31 Menschen wurden durch diese Katastrophe getötet, meist Angehörige der Feuerwehr und der Rettungsmannschaften. 24.300 Personen aus der nächsten Umgebung von Tschernobyl, die hohen Strahlenbelastungen ausgesetzt gewesen sind, werden jetzt lebenslang regelmäßig untersucht.

Die amerikanische Presse berichtete von 2.200 Toten und hunderttausenden Verstrahlten, wie es die Herren der Finanzoligarchie wünschten, welche die Katastrophe geschickt für ihre Zwecke instrumentalisierten.

Diese Katastrophe von Tschernobyl war der Anlaß für eine weltweite Antikernkraft-Hysterie, die sämtliche Planungen der deutschen Nuklearindustrie zunichte machte. Sie kam den Anglo-Amerikanern gerade recht, um innerhalb von wenigen Jahren den Hochtemperaturreaktor und den schnellen Brüter lahmzulegen sowie das Brasilien- und das Irangeschäft der deutschen Nuklearindustrie unmöglich zu machen. Wie oben gezeigt wurde, war die Ursache der Katastrophe ein ungeeigneter Reaktor-Typ sowie das verantwortungslose Verhalten des Bedienungspersonals, das alle Sicherheitsvorrichtungen außer Betrieb setzte. Dies ist bei deutschen Reaktoren nicht möglich.

7. Terroranschläge

Als den 68ern gar nichts mehr gegen die Kernenergie einfiel, kamen sie auf die Idee mit den Terroristen oder man flüsterte sie ihnen ins Ohr. Die Terroristen sollten mit Panzerfäusten die Kernkraftwerke angreifen, als das nicht reichte mit Güterzügen voller Benzin und schließlich sollten richtige Jumbo-Jets in die Reaktoren hineinrasen. Es ist möglich, daß terroristische oder kriminelle Aktionen gegen Kernkraftwerke oder andere nukleare Einrichtungen zukünftig unternommen werden, um Regierungen unter Druck zu setzen. Ein Angriff mit Kernwaffen auf derartige Einrichtungen ist wenig wahrscheinlich, da nur terroristische Staaten dazu in der Lage wären, die sofort mit Sanktionen zu rechnen hätten. Diebstahl von Plutonium oder hoch angereicherte Uran zum Bau von Atomwaffen setzt großen technischen Sachverstand und aufwendige Einrichtungen voraus.

Da solche Terroristen nicht dumm sind, werden sie einfachere Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Ziele finden, z.B. können sie sich eine Atomwaffe aus den militärischen Arsenalen der Atomkräfte besorgen, in denen ca. 50.000 Atombomben lagern. Der Zugang zu den zivilen kerntechnischen Anlagen ist durch das Atomgesetz geregelt, das sehr weitreichende Schutz- und Sicherungsmaßnahmen vorsieht, die nicht hinter denen der militärischen Anlagen zurückstehen. Es ist für den Terroristen viel einfacher, sich Giftgas zu besorgen oder nach Anleitung eines Chemiebuches herzustellen. Auch biologische Waffen sind mit einfachen Einrichtungen und kostengünstig zu produzieren.

8. Unwirtschaftlichkeit der Kernenergie

In den 70er und 80er Jahren sind in Deutschland die modernsten Kernreaktoren und Nuklear-techniken entwickelt worden, die auch für den Export geeignet waren. Unter anderem wurden Verträge mit Brasilien (Juni 1976) über die Lieferung von acht Kernkraftwerken nach Angra dos Reis sowie die dazu nötigen Urananreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen abgeschlossen und Verträge mit Iran (Oktober 1977) über die Lieferung von zwei Kernkraftwerken von je 1,3 GW nach Buschir sowie vier weitere nach Isfahan und Saveh.

Diese Verträge fanden nicht die Billigung unserer anglo-amerikanischen Freunde. Nicht aus

Kostengründen, sondern auf Grund von massivem diplomatischem Druck aus den USA und von Randalen auf den Straßen deutscher Städte wurden diese Verträge annulliert. Sie hätten der deutschen Nuklearindustrie einen großen Vorsprung vor der amerikanischen Konkurrenz verschafft.

Diese Aufträge und weitere Projekte der deutschen Nuklearindustrie gefährdeten die Erdölinteressen der Anglo-Amerikaner, die ihre seit über hundert Jahren verfolgten Weltherrschaftspläne bedroht sahen. Deswegen und weil sie Ende der 80er Jahre in der Sowjetunion einiges vorhatten, mußte die deutsche Industrie über den Hebel der Nuklearindustrie entscheidend geschwächt werden. Das Manöver ist dank der Hilfe der 68er und ihrer Hintermänner gelungen. Daß viele von denen wußten, um was es im Grunde ging, konnte man an den Parolen auf Häuserwänden erkennen, z.B. "Deutschland verrecke".

Um die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie zu verbessern, wurden in Deutschland seit den 60er Jahren erhebliche Anstrengungen gemacht, in Zusammenarbeit zwischen Staat, Industrie und Forschung neue kostengünstige und sichere Kernreaktoren und Nukleartechniken zu entwickeln, z.B. den mit Thorium betriebenen Hochtemperatur-Reaktor THTR 300, den schnellen Brüter SNR 300, die Gasultrazentrifuge zur Urananreicherung, die Wiederaufbereitung der abgebrannten Brennelemente, die Endlagerung usw. Dazu einige Anmerkungen.

Der THTR 300

Der Baubeginn für den THTR 300, dessen elektrische Leistungsabgabe ca. 300 Megawatt betrug, war im Mai 1971. Die Fertigstellung wurde durch immer neue Einsprüche und Änderungen der Genehmigungsbedingungen behindert. Trotzdem gab der THTR 300 seit November 1985 Strom ans Netz. Im September 1989 wurde der THTR 300 stillgelegt.

Der SNR 300

Die Planungsarbeiten an dem schnellen Brüter SNR 300, der von Deutschland, Belgien und Holland in Kalkar am Niederrhein errichtet wurde, liefen seit 1967. Der Brutreaktor mit einer elektrischen Leistungsabgabe von 300 Megawatt wurde 1981 in Betrieb genommen und 1991 stillgelegt.

Die Gasultrazentrifuge

Seit Ende der 60er Jahre wurde in Deutschland an der Vervollkommnung des Urananreicherungsverfahrens durch die Gasultrazentrifuge gearbeitet. 1977 wurde eine Prototypanlage in Almelo in Holland in Betrieb genommen, 1985 die Anlage in Gronau. Auf diese Weise war das sehr teure und energieaufwendige amerikanische Anreicherungsverfahren - das Gasdiffrusionsverfahren - überflüssig. Damit waren die Amerikaner nicht mehr die alleinigen Lieferanten von angereichertem Uran, so daß sie den Kernenergiemarkt nicht mehr beherrschten. Da im Laufe des Projekts Briten und Holländer in die Zentrifugenentwicklung eingebunden wurden, konnte die Anreicherungsanlage nach ihrer Fertigstellung nicht einfach verboten werden. Sie läuft also noch und produziert angereichertes Uran.

Der gesamte Kernbrennstoffkreislauf ist somit rentabel, von der Urangewinnung über die Anreicherung, Brennelementeherstellung, den Reaktorbetrieb bis zur Wiederaufbereitung und Endlagerung. Der normale Druckwasserreaktor hat nach ca. zwei Monaten Betrieb soviel Energie erzeugt wie seine Herstellung gekostet hat. Der elektrische Strom aus Kernkraftwerken ist seit vielen Jahren billiger als der aus konventionellen Kraftwerken.

9. Folgerungen

Den Anglo-Amerikanern ist es mit Hilfe der Grünen und der Medien gelungen, innerhalb von zehn Jahren die deutsche Nuklearindustrie zu vernichten, die für unsere Energieversorgung und unser Überleben notwendig war. Die Entwicklung des Hochtemperaturreaktors und des schnellen Brüters wurde eingestellt, wichtige Auslandsaufträge zum Aufbau der Infrastruktur in Brasilien und im Iran wurden durch Druck aus New York annulliert, um die deutsche Nuklearindustrie zu schwächen und die betreffenden Länder in Abhängigkeit zu halten.

Die Antikernkraftkampagnen wurden von New York aus ferngesteuert. Sie dienten dazu, die deutsche Nuklearindustrie zu vernichten. Ihr Ziel war nicht die Sorge um das Wohlergehen des deutschen Bürgers, wie man uns weismachen will. Die von den 68ern und Grünen benutzten Argumente sind ohne Substanz und dienten nur dazu, Angst zu verbreiten. Die grünen Thesen zur Kernenergie sind den 68ern mit suggestiven Methoden so in ihre Gehirne eingehämmert, daß Begriffe wie Kernkraftwerk, Plutonium, Castorbehälter usw. bei ihnen zu reflexartigen Reaktionen führen wie bei den Pawlowschen Hunden unter Umgehung des Verstandes und der Großhirnrinde. Dies ist sehr schwierig reparierbar, wie moderne Erkenntnisse der Biologie beweisen.

Die Medien wenden seit Jahrzehnten diese Methoden der Gehirnwäsche an

Erstaunlich ist, daß dies nicht mehr nur auf historischem Gebiet geschieht, sondern neuerdings auch auf naturwissenschaftlich-technischem. Nur eine unverzügliche Wiederaufnahme der Kernenergie-Techniken, die man Ende der 80er Jahre aufgeben mußte, kann Deutschland noch retten. Die Drohungen aus New York dürften uns dabei nicht hindern.

Wissenschaftler und Ingenieure haben den Weg zum Aufbau einer friedlichen Welt ohne Armut gezeigt. Die jetzige Erdölwirtschaft der Globalisierer führt mit Sicherheit in den Abgrund, in Krieg und Chaos, Mord und Verderben.

Nicht mit einer mächtigen Armee überleben wir die kommende Krisenzeit, sondern mit der richtigen Energietechnik für die ganze Welt. Joachim Fernau sagt 1977 in seinem Buch "Halleluja": Gewinnt der Amerikanismus, so wird er in 150 Jahren die Menschheit zugrunde richten, und die Erde wird als erstorbener Mars im Weltall weiterkreisen.

Joachim Fernau irrt. Die Menschheit wird viel schneller zugrunde gerichtet.<<

18.02.1999

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Februar 1999 über Rußlands Verschuldung im Westen: >>Hungriger Bär****

Es ist eine alte Schuldner-Weisheit: Wer einen kleinen Kredit aufnimmt, der ist der Bank ausgeliefert. Wer dagegen einen großen Kredit erhalten hat, dem gehört die Bank.

Denn mit der Größe des Betrages steigt die Angst, das ganze Geld zu verlieren - und dies fördert die Bereitschaft, immer neue Finanzspritzen zu genehmigen. Nicht nur Betrüger nutzen diese Erkenntnis, sondern auch Staaten wie Rußland. ...

Erstaunlich bekannt klingt aber auch das zweite Motiv für die wieder wachsende Großzügigkeit. Denn wie früher wird Geld wohl im Gegenzug für russisches Wohlverhalten verteilt werden müssen. Deutsche Milliarden haben damals den Abzug russischer Panzer aus den neuen Bundesländern ermöglicht. ...

Dies mag verwerflich klingen, ist es aber nicht. Denn für die westlichen Regierungen gibt es kaum eine Alternative. Schon weil Rußlands Militärpotential die ganze Welt zerstören könnte, kann man dem Land nicht einfach die Daumenschrauben ansetzen und es zum wirtschaftlichen und politischen Außenseiter verkommen lassen. ... <<

06.03.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. März 1999 über die sowjetischen Enteignungen in Mitteldeutschland von 1945 bis 1949: >>"Ermordung und Enteignung – das kann nicht rechtens sein"****

Sie geben keine Ruhe. Immer wieder ziehen sie vors Verfassungsgericht, klagen bei der EU. Warum sind die Enteigneten von 1945/49 nicht bereit, ein schwieriges Kapitel der Nachkriegsgeschichte zuzuschlagen?

... Am 15. Juni 1990 haben die beiden deutschen Regierungen verkündet, daß die Enteignungen im Zuge der sogenannten Bodenreform in der SBZ nicht rückgängig gemacht werden.

Zweimal, 1991 und 1996, hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, daß die Unumkehrbarkeit der Enteignungen vor 1949 rechtens ist. Und doch geben die einstigen Großgrundbe-

sitzer keine Ruhe.

Seit 8 Jahren kämpfen sie als "Verlierer der Wiedervereinigung" gegen die "Fortsetzung des kommunistischen Enteignungsunrechts durch die Bundesrepublik Deutschland".

Ihre Forderung: Sie wollen im wesentlichen so behandelt werden wie die Land-, Haus-, Gewerbe- oder Fabrikbesitzer, die nach 1949 von den Behörden der DDR enteignet worden sind. Sie wollen entweder Rückgabe des Teils ihres ehemaligen Eigentums, der sich heute in Staatsbesitz befindet oder eine angemessene Entschädigung. ... "Es geht nicht um unser Eigentum, sondern um den Rechtsstaat schlechthin." ...

Ein Politikum wurde erst daraus, als die beiden Deutschlands vereinigt wurden. "Sämtliche Regierungen der Bundesrepublik haben immer gesagt, die Enteignung sei bitteres Unrecht gewesen und müsse irgendwann wieder gutgemacht werden – und dann, als die Regierung Kohl die Chance dazu hatte, hat sie es nicht getan."

Im Gegenteil. Mit der Aufnahme des Absatzes Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen" in den Einigungsvertrag hat die Bundesrepublik nachträglich zum Recht erhoben, was bis dahin auch im Völkerrecht als Unrecht galt – die Enteignung von Privateigentum durch eine Siegermacht.

Das sei nötig gewesen, hat die Regierung Kohl danach immer wieder versichert, weil die Sowjetunion die Wiedervereinigung andernfalls niemals zugelassen hätte. Diese Behauptung ist inzwischen weitgehend erschüttert worden, sogar durch den einstigen Sowjetpräsidenten Michail Gorbatschow.

Der jüngste Einspruch wurde erst in der vergangenen Woche veröffentlicht: eine eidesstattliche Erklärung des Beauftragten der DDR-Regierung bei den Verhandlungen zur Herstellung der deutschen Einheit, des CDU-Politikers Günther Krause. Klipp und klar heißt es da: "Von einer solchen Vorbedingung der sowjetischen Verhandlungsseite ist mir nichts bekannt."

... Von den im Zuge der Bodenreform enteigneten landwirtschaftlichen Flächen werden gerade mal 30 Prozent von Neusiedlern bewirtschaftet – der Rest befindet sich derzeit in Staatseigentum. Nur auf dieses Land, das nicht bereits anderen Privatleuten gehört, erheben die Enteigneten Anspruch.

Das sind immerhin 1,5 Millionen Hektar ehemals von den volkseigenen LPGs bewirtschafteter Äcker, Weiden und Forsten – und für die kassiert die staatliche Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG) die Pacht. Mehr als 60.000 Hektar Felder und Forsten hat sie bereits verkauft. Im Jahr 2004 dann soll den ursprünglichen Besitzern dieser Flächen eine "Ausgleichszahlung" von durchschnittlich 10 Prozent der beschlagnahmten Vermögenswerte gezahlt werden.

Mit diesem bescheidenen Ausgleich anstelle einer vollwertigen Entschädigung geben sich die Enteigneten nicht zufrieden. Ihr 8 Jahre währender Widerstand hat ihnen in großen Teilen der Bevölkerung wie der Politik den Ruf eingetragen, auf Kosten mühselig um ihre Existenz kämpfender Bauern in Ostdeutschland die "Herrschaft der Junker" wieder auferstehen lassen zu wollen. Die einstigen Großgrundbesitzer aber sind davon überzeugt, daß sie von der Regierung Kohl in ein "Sonderopfer für die Wiedervereinigung" gezwungen worden sind.

Deshalb mag Lüder (einer von den rund 1.800 enteigneten Großgrundbesitzern von 1945) das verächtliche Wort vom gierigen Junker nicht mehr hören. Bitter zitiert der 76jährige das, was Bundeskanzler Helmut Kohl 1996 eingeräumt hat:

"Bei den Verhandlungen über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion haben wir geglaubt, mit dem Verkauf der einstigen volkseigenen Betriebe durch die Treuhand die Schulden der DDR finanzieren zu können."<<

09.03.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. März 1999: >>Bonn und

Prag wollen einen Schlußstrich

Bundeskanzler Gerhard Schröder und der tschechische Ministerpräsident Milos Zeman wollen das Verhältnis beider Staaten "zukunftsorientiert ausbauen" und einen Schlußstrich unter die Ereignisse nach dem Kriegsende ziehen.

Beide kamen am Montag in Bonn überein, daß die Vertreibung der sudetendeutschen die Beziehungen nicht mehr belasten solle.

Schröder sagte, die Sudetendeutschen hätten das Recht, ihre kulturellen Eigenarten zu pflegen, aber keinen Einfluß auf die deutsche Außenpolitik. Daraufhin warf die CSU Schröder vor, er habe "das Schicksal von Millionen Heimatvertriebenen zu den Akten gelegt". ...

Der Kanzler befürwortete "ohne Einschränkung" die Aufnahme Prags in die EU, ohne sich auf einen Termin festzulegen. Damit könne nach dem NATO-Beitritt eine dauerhafte Stabilisierung in Richtung Osteuropa erreicht werden.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärt später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck (x851/...): >>... Der UNO-Menschenrechts-Ausschuß, dessen Sekretär ich mehrere Jahre war, hat die Diskriminierung in der Gesetzgebung und in der Praxis der Wiedergutmachung in Tschechien wiederholte Male festgestellt - Diskriminierung gegenüber Tschechen, Juden, aber auch gegenüber Sudetendeutschen. ...

Liegt es vielleicht daran, daß die deutsche Regierung dies nicht will, und so - anstatt das Völkerrecht zu behaupten, es eigentlich durch Diskriminierung korrumpiert - und den eigenen Landsleuten in den Rücken fällt? Diese Diskriminierung kann justiziabel sein - sowohl in Straßburg als auch in Genf.

Zwar geschahen die Konfiskationen meistens 1945 - also lange vor der Erschaffung der Straßburger und Genfer Tribunale, was bedeuten würde, daß die Konfiskationen *ratione temporis* (erst ab ihrem Inkrafttreten) außerhalb der Kompetenz von diesen Organen liegen würden, der Tatbestand der Diskriminierung aber beinhaltet eine separate Handlung, eine neue Verletzung des Völkerrechts, die nach dem Inkrafttreten der Europäischen Menschenrechtskonvention und des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte geschehen ist und noch geschieht. ...

In der Tat, nimmer endet die Vertreibung, denn zur Zeit wird versucht den Vertriebenen, ihren Kindern und Enkelkindern ihrer Identität und Ihrer Ehre zu berauben. Nicht nur sind es die eigentlichen Täter, nämlich die Vertreiber-Staaten, sondern ist es auch die eigene deutsche Regierung, die den Vertriebenen den diplomatischen Schutz verweigert und der historischen Wahrheit für kurzfristige politische Strategien opfert, oder gar - so banal wie dies klingen mag - die Ehre und die Geschichte im Namen des Kapitals und des Geschäftes opfert.

... Ich bezweifle, daß Frieden und Freundschaft in Europa auf der Basis von Verlogenheit aufgebaut werden können. Aber, wie Günther Grass einen anderen seiner Romane betitelte - das ist wohl "Ein weites Feld". ...<<

10.03.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. März 1999: >>... Die Bundesregierung ist Vorwürfen der CSU und der Sudetendeutschen entgegengetreten, Bundeskanzler Schröder (SPD) habe auf Vermögensansprüche der Vertriebenen in Tschechien verzichtet. "Selbstverständlich haben wir nicht auf Rechtspositionen verzichtet", sagte Schröders außenpolitischer Berater im Kanzleramt, Michael Steiner.

Den Sudetendeutschen bleibe es unbenommen, vor tschechischen Gerichten zu klagen. Diese Rechtspositionen könne die Bundesregierung den Vertriebenen nicht nehmen.

Schröder war am Montag in Bonn mit Tschechiens Ministerpräsident Milos Zeman zusammenkommen. Der Kanzler habe dabei klargestellt, daß die Bundesregierung keine Vermögensfragen im Zusammenhang mit den Geschehnissen im und nach dem Zweiten Weltkrieg aufwerfen werde, sagte Steiner.

Diese Klarstellung sei vor allem von psychologischer Bedeutung, "insofern es die deutsch-tschechischen Beziehungen entsäuert". Schröders "befreiende Worte" hätten den Tschechen die Angst genommen, die Bundesregierung könnte Vermögensansprüche der nach dem Zweiten Weltkrieg vertriebenen Sudetendeutschen verfolgen. ...

Steiner bekräftigte, daß Zeman bei dem Treffen klargestellt habe, daß die Wirksamkeit der sog. Benesch-Dekrete aus Sicht der tschechischen Regierung inzwischen erloschen sei. ...

CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble hielt Schröder vor, "in unverantwortlicher Weise mit der Politik der bisherigen Bundesregierung" gebrochen zu haben. CSU-Chef Edmund Stoiber sagte, Schröder habe der Aussöhnung zwischen Tschechen und Deutschen einen "verheerenden Dienst" erwiesen.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft erwägt rechtliche Schritte gegen die Bundesregierung. Mit seinem Verhalten verzichte der Kanzler offenbar auf privatrechtliche Ansprüche der Sudetendeutschen, erklärte der Verband.

In Prag reagierten Oppositionspolitiker mit verhaltener Zustimmung auf die Äußerungen Zeman, ein Teil der sog. Benesch-Dekrete zur Enteignung sei "erloschen".

Diese Dokumente seien "heute selbstverständlich nicht mehr aktuell", sagte der außenpolitische Sprecher der Demokratischen Bürgerpartei (ODS), Jan Zahradil. Die Dekrete seien aber auch "untrennbarer Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung".<<

13.03.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. März 1999: >>Scharping: Gewinn für Deutschland

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping sieht im NATO-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn einen Gewinn für Deutschland.

Die Bundesrepublik stehe damit vor einer "historisch einmaligen Situation, nämlich zum ersten Mal nur von Freunden und Partnern umgeben zu sein", sagte er der in Berlin erscheinenden Tageszeitung "Die Welt".

Zugleich wies Scharping Bedenken Rußlands zurück: "Die NATO-Erweiterung richtet sich gegen niemand. Sie ist Export von Sicherheit und Stabilität."

Die Erweiterung werde verknüpft mit einer sehr engen Kooperation mit Rußland: "Insgesamt wird die Lage in Europa sicherer."<<

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. März 1999: >>NATO nimmt drei neue Mitglieder auf ...

Rußland bekräftigte seine ablehnende Einschätzung. Außen- und Verteidigungsministerium in Moskau bezeichneten die Erweiterung am Freitag erneut als schweren historischen Fehler. Das Außenministerium warnte, ... (die) Osterweiterung könne zum Aufbrechen neuer Trennungslinien führen. ...<<

24.03.1999

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. März 1999: >>VW entschuldigt sich bei den Tschechen

Der deutsche Automobilkonzern Volkswagen hat sich für eine Anzeige in tschechischen Zeitungen entschuldigt.

Die Prager Filiale der Firma hatte am 15. März mit einer militär-ähnlichen Landkarte Tschechiens und dem Titel "Große Frühjahrs-Offensive" für ihre Wagen geworben. Am Tage der Veröffentlichung der Anzeige in mehreren Tageszeitungen erinnerten Opferverbände des Landes an die Errichtung des "Protectorats Böhmen und Mähren" durch das NS-Regime am 15. März 1939. ...<<

03.04.1999

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. April 1999: >>Ex-Zwangsarbeiter protestieren in Polen

Frühere Zwangsarbeiter haben am Mittwoch in Polen vor den diplomatischen Vertretungen Deutschlands eine schnelle Entschädigung der polnischen NS-Opfer gefordert. ...

"Es gibt keine Aussöhnung ohne eine Wiedergutmachung", riefen die Protestteilnehmer. ...<<

10.04.1999

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 10. April 1999 (x887/...):

>>**Die Erfindung der Bananenrepublik**

Ein Weltkonzern feiert sein 100jähriges Jubiläum

Wenn Firmen einhundert Jahre alt werden, ist das meist ein Grund für würdige Reden und Streichquartette von Beethoven. Nicht so bei der amerikanischen Firma United Fruit, einem der größten Bananenlieferanten der Welt. "Chiquita Brands International" heißt die Firma heute und exportiert - was sonst? - Bananen.

In der Tat gibt es kaum einen Konzern, auf dessen Geschichte es sich lohnte, so intensiv einzugehen, wie den der "United Fruit". Regierungen hat sie gestürzt, Staatsstriche angezettelt und Bürgerkriege entfacht, deren Wirkungen in einigen Ländern bis zum heutigen Tage spürbar sind. Wenn wir es gewohnt sind, von Mittelamerika als vom "Hinterhof" der Vereinigten Staaten zu sprechen, so ist dies auch zu einem wesentlichen Teil auf die Politik dieser Firma in den Ländern Zentralamerikas zurückzuführen. Noch heute steht das Wort "Bananenrepublik" für eine Regierungsform, in der Vetternwirtschaft, persönliche Bereicherung und Korruption die alles entscheidenden Maßstäbe in der Politik sind.

Die Geschichte des Fruchtkonzerns begann schon vor seiner eigentlichen Gründung, dem Zusammenschluß der Firmen "Boston Fruit" und "Gebrüder Keith" im Frühjahr 1899. Bereits 1871 überließ der costaricanische Diktator Tomás Guardia den Brüdern Keith eine Lizenz zum Bau einer Eisenbahnlinie zwischen der Hauptstadt San José und Puerto Limón. Etwa 4.000 Menschen fanden bei den Bauarbeiten den Tod.

Wenig später erwarb die Firma für einen fast symbolischen Betrag 324.000 Hektar Land und baute darauf Bananen an, eine Frucht, die damals in den USA gerade in Mode kam. Ob in Honduras, Costa Rica, Nicaragua oder Kolumbien: immer funktionierte die Machtübernahme der "United Fruit" nach dem gleichen Schema: Man versprach Bahnlinien zu bauen, die letztlich vor allem dem Abtransport der Bananen dienten, und ließ sich im Gegenzug Ländereien ungeheuerlichen Ausmaßes von den Regierungen übereignen.

So entstand aus der Firma ein Konzern, der bald so mächtig wurde, daß er in den kleinen Ländern Mittelamerikas nach Belieben schalten und walten konnte. Allein im kleinen Honduras gebot die "United Fruit" zwischen 1912 und 1924 nicht weniger als vier US-Militärinterventionen.

Für viele Beispiele mag das des Präsidenten von Guatemala, Jacobo Arbenz, stehen, der einer aus der Schweiz stammenden Familie angehörte. Er trat sein Amt im März 1951 an. Arbenz versuchte, die durch die Bananen-Monokultur verursachte wirtschaftliche Fehlentwicklung einzudämmen und nicht zuletzt natürlich den ungeheuren Einfluß der "United Fruit" auf die guatemalteckische Innenpolitik einzudämmen. Seine Pläne für eine Landreform blieben relativ moderat: Nur unbestelltes Land ab einer bestimmten Höhe sollte enteignet werden.

Dies bewog in der damaligen weltpolitischen Situation - der Kalte Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion hatte soeben begonnen - naturgemäß auch Stalins Geheimdienste dazu, sich einzumischen und zu versuchen, in das politische Terrain der USA einzudringen. Die Sowjets fanden ihre Einflußagentin in der Frau des Präsidenten, Maria Arbenz. Diese steuerte nicht nur geschickt die Karriere ihres Mannes, sondern leitete ihn politisch - oft ohne, daß ihm das bewußt geworden wäre. Sie führte einen politisch weit links stehenden politischen Salon in der Landeshauptstadt. Eine ihrer Sekretärinnen wurde später die Kommunistenführerin Chiles, Virginia Bravo Letelier. Eine andere wurde führende Kommunistin in El Salvador.

So fiel es der "United Fruit" leicht, von einem kommunistischen Komplott zu sprechen und

den US-amerikanischen Geheimdienst CIA für ihre Sache zu interessieren. Auch personelle Verquickungen zwischen der amerikanischen Regierung und der "United Fruit" gab es damals. CIA-Chef war damals Allan Dulles. Sein Bruder John Foster Dulles war langjähriger Anwalt der "United Fruit" und zufälligerweise auch der amerikanische Außenminister. John Moors Cabot, ein "United Fruit"-Großaktionär war Unterstaatssekretär für inneramerikanische Angelegenheiten. Bei einer solchen Konstellation gelang es, die CIA für die Zwecke der Fruchtgesellschaft einzuspannen. Diese stürzte Arbenz schließlich im Jahre 1954. Heute ist die Bedeutung des Bananenexports zugunsten der Kaffeeproduktion leicht rückläufig. Doch eine innenpolitische Macht in Mittelamerika ist die "United Fruit Company" und als ihre Nachfolgerin die "Chiquita" bis heute geblieben.<<